

Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden
Nr. 1268, Raben & Comp.

Organ für das werktätige Volk

Verantwortlich: Hans B. Richter, Anwalt
Herausgeber: Hermann K. Drescher,
Verleger: Arnold Drescher

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Störungen irgendwelcher Art, sei es durch oder ohne Einfluß bösser Geister, hat der Verleger der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung

Abonnement: monatlich 3,00 M., einjährig 30 M., Vierteljährig 15 M., halbjährig 20 M., einm. 25 M., Vierteljährig 12 M., halbjährig 18 M., einm. 25 M., auswärts Post- und Zustellgebühren.

Druckerei: Zeitungsverlag 10, Bernsdorfer Str. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr
Verlagsanstalt: Zeitungsverlag 10, Bernsdorfer Str. 25 261 u. 13 707.
Telefon: 22 11 11
Telegraphen-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Anzeigenpreise: Die 30 mm breite Standardzeile 85 Pf., die 90 mm breite Reklamazeile 2 M., für auswärts 40 Pf. u. 2,50 M., abgesehen von sonstigen Leistungen laut Tarif. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietanzeigen 20 Pf. netto. Für Briefnachrichten 10 Pf. Einzelanr. 10 Pf.

Nr. 31

Dresden, Montag, den 6. Februar 1933

44. Jahrgang

Knebelung der Meinungsfreiheit

Wahlkampf unterm Polizeifnüttel

Heute Montag wird die Hitler-Regierung ihre neue Notverordnung erlassen. Gegen Versailles, gegen die Banken, gegen die Finanzwirtschaft, für Arbeit und Brot? Nein! Gegen die Freiheit der Presse und gegen das Versammlungswort.

Der Vater dieses Maulwurfs und des Verbots der Kritik Herr von Papen. In Tausenden von Versammlungen, in den Knebeln und in den Knebeln der Hitler-Partei gegen diese neue Verordnung. Von Zerschlagung wurde sie befreit und am sechsten Tag der Erneuerung Deutschlands wird sie von dem Führer Hitler mit Verjährungsregeln wieder eingeführt und von der Nazipresse als Unheil begrüßt. Das Versprechen des Innenministers Brüning (am Tage seiner Ernennung) von der Freiheit der Presse geht nicht mehr.

Offiziell wird die Pressenotverordnung damit begründet: Die Regierung sei in der unerhörtesten Weise beschimpft und beleidigt worden. Wäre es nicht, so wäre nur das eine zu erwidern, daß es in der ganzen Welt niemals so viel Beschimpfungen, Beleidigungen, Verhöhnungen und böswillige Verleumdungen gegeben hat, wie sie allein von der Nazipresse und den Nazipolitikern in den letzten Jahren gegen die früheren Regierungen, selbst gegen Brüning und Hindenburg geübt und begangen worden sind. Es sei lediglich an die Reden Hitlers während des Präsidentschaftswahlkampfes erinnert. Eine solche Regierung Hitler, und die Herren sind die empfindlichsten und zärtlichsten Pfälzchen geworden! Sie haben die Freiheit unter Brüning über Mangel an Pressefreiheit aufgestellt. Heute wird eine Hitlerische Notverordnung gegen Meinungsfreiheit erlassen, die alle bisherigen Maßnahmen ähnlicher Art in den Schatten stellt.

Die Verordnung zerfällt in zwei Teile

Im ersten Teil ist die Möglichkeit des Verbots von politischen Versammlungen gegeben. Derartige Ver-

sammlungen können ohne weiteres verboten werden, wenn eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten ist. Diese Ausnahmsbestimmung öffnet der Willkür Tür und Tor. Ferner können Versammlungen aufgelöst werden, wenn zu Ungehörigkeiten gegen die öffentliche Ordnung, Organe und Einrichtungen des Staates aufgefordert wird, leitende Beamte beschimpft und die Religionsgesellschaften öffentlich verächtlich gemacht werden. Verbote von Versammlungen unter freiem Himmel und von Meetings dürfen wegen unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit nur für bestimmte begrenzte Ortsteile ausgesprochen werden.

Der zweite Teil der Verordnung, der die Presse betrifft, enthält bis auf die Ausnahmsbestimmungen alle früheren Ausnahmsbestimmungen gegen die öffentliche Meinung, und bringt darüber hinaus noch zahlreiche Verschärfungen. Zunächst dürfen Zeitungen verboten werden, wenn ein Verstoß militärischer Geheimnisse oder Hochverrat gegeben ist. Außerdem sind Zeitungsverbote möglich bei Aufforderung zu Gewalttätigkeiten, bei Aufforderung zum Generalstreik und zum Streik in lebenswichtigen Betrieben, bei der Verbreitung „offensichtlich falscher“ Nachrichten, der Verhöhnung von Organen und Vertretern des Staates usw.

Während früher die Dauer des Verbots bei Tageszeitungen vier Wochen nicht übersteigen durfte, ist jetzt für das erste Verbot eine Verbotsfrist bis zu vier Wochen vorgesehen. Wenn innerhalb von drei Monaten gegen eine Zeitung wieder ein Verbot ausgesprochen werden sollte, so kann ein Verbot bis auf sechs Monate erfolgen. Zuständig dafür sind die obersten Landesbehörden.

Die deutsche Presse protestiert

Der Reichsverband der Reichsverbände der Deutschen Presse, der am Sonntag in Berlin tagte, hat — ohne den Inhalt der neuen Notverordnung im einzelnen zu kennen — in einem Telegramm an den Reichspräsidenten gegen die beabsichtigte Presseknebelung protestiert.

SPD.-Bürgermeister erschossen

Der Landtagsabgeordnete und Bürgermeister Kasten, Staßfurt, von Nazigymnastien hinterücks ermordet

SPD.-Führer hegte zum Morde!

M. Magdeburg, 6. Februar. (Eig. Funkspruch.) Am Sonntagabend, abends kurz nach 10 Uhr, wurde in Staßfurt der sozialdemokratische Bürgermeister und Abgeordnete des Preussischen Landtags Kasten von dem 17-jährigen Sekundaner des Staßfurter Gymnasiums Wolfgang Matthes hinterücks durch zwei Schüsse in den Rücken schwer verletzt. In der Nacht zum Sonntag ist Kasten nach einer Operation den schweren Verletzungen durch innere Verblutung erlegen. Dem Verbrechen sind seit Beginn der Hitler-Regierung allein in Staßfurt sechs Mordfälle auf Reichsbannerleute und Kommunisten vorausgegangen.

Die Nationalsozialisten veranstalteten am Sonntagabend nachmittags mit anderen Klubs nationaler Couleur anlässlich der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler ein „Freudenfest“, in dessen Verlauf ein nationalsozialistischer Redner u. a. erklärte:

„Es wird Zeit, daß die dicken SPD.-Bongez beseitigt werden.“

Etwa zwei Stunden nachher, gegen 8 Uhr abends, wurde ein Arbeiterfamantar, der sich zu einem Kuraufenthalt begeben wollte, von drei Nationalsozialisten, darunter dem schwer vorbestraften Naziführer Oehmig, überfallen und niedergeschlagen. Mit einer Kopfschlagung wurde der Arbeiterfamantar der auch dem Reichsbanner angehört, in ein Krankenhaus gebracht. Bürgermeister Kasten, dem bald nach dem Mordfall berichtet wurde, ordnete sofort die Verhaftung des Oehmig an, der aus einer Hochzeitsfeier heraus geschommen wurde.

Sofort alarmierten die Nationalsozialisten ihre Trabanten, die vor dem Rathaus saßen, dort Wachen gegen den Bürgermeister auszuheben und die Freilassung des Oehmig vorzubereiten.

Kasten verhandelte später mit zwei Naziführern über Oehmigs Freilassung und erklärte sich schließlich mit Rücksicht auf die verhältnismäßig schwache und von den Demonstranten bedrohte Polizei zur Haftentlassung des Naziführers bereit. Die nationalsozialistischen Gassen lösten sich dann bald auf. Kurz nach 10 Uhr abends verließ auch Kasten das Rathaus, um in seine Dienstwohnung in der Parkstr. zurückzugehen. Auf dem Wege dorthin begegnete ihm der inzwischen freigelassene Oehmig, der sich in Begleitung eines Gymnasialisten mit einer roten Schutzhose befand. Als Kasten seine Wohnung erreicht hatte und gerade im Begriff stand, die Vorpartier zu öffnen,

brang der Gymnasialist auf ihn zu und streckte ihn durch zwei Schüsse in den Unterleib mit den Worten nieder: „Du Schurke, jetzt kommt die Abrechnung!“

Kasten hatte noch die Kraft, aus einer Pistole sieben bis acht Schuß auf den stehenden Verbrecher abzugeben. Dann sank er zu Boden. Blutüberströmt und demütigt wurde er auf Veranlassung seiner Angehörigen, die durch die Schüsse alarmiert, aus der Wohnung auf die Straße geschleppt, ins Krankenhaus gebracht.

Im Anspannslager erlangte Kasten bald nach seiner Einlieferung das Bewußtsein wieder. Einem Folgebeamten machte er trotz seinem geschwächten Zustande sofort nähere Angaben über den Vorfall und regelte dienstliche Angelegenheiten. Er fühlte, daß der Tod nahte. Um Mitternacht mußte sich Kasten einer Operation unterziehen, aus der er gegen 2 Uhr wieder erwachte. Von jetzt an weichte ein sozialdemokratischer Stadtrat der Staßfurter Gemeinde an Kastens Krankenbett. Der Schwächezustand wurde von Stunde zu Stunde größer, bis er um 8 Uhr morgens seinen schweren Verletzungen infolge innerer Verblutung erlag.

Kastens letzte Worte waren: „Das wollen freie Menschen sein, wenn sie vor einem Mörder, können sie einem nicht einmal in die Augen sehen.“

Kasten stand im 48. Lebensjahr. Er hinterläßt Frau, zwei Söhne und eine Tochter.

(Schluß des Berichtes siehe 2. Seite)

Verbotener Sozialismus

Naziproleten, wollt ihr das?!

Nationalsozialistische Arbeiter, habt ihr die Ergebnisse der letzten Tage beachtet?!

Ihr könnt jetzt erkennen, ob wir recht hatten, sooft wir eure Führer als Vertreter am Sozialismus brandmarkten! Die vielversprochene „Erneuerung“ Deutschlands begann mit einer Verbotswelle gegen die sozialdemokratische Presse. Nationalsozialistische Arbeiter, fällt euch an diesen Verboten nichts an? „Nein“, mögt ihr sagen. „Schnell erging es unserer Presse zu Brünings Zeiten.“ Richtig. Aber wißt ihr noch, weshalb damals dies oder jenes nationalsozialistische Blatt verboten wurde? Beschimpfungen, schwere Bedrohungen omtierender und nicht-omtierender Volksgenossen, Aufforderungen zu Gewalttätigkeiten gaben den Anlaß.

Wißt ihr, warum sozialdemokratische Blätter in diesen Tagen geknebelt wurden? Nicht weil sie schimpften und drohten — das ist ihre Art nicht —, nur weil sie einen Aufruf der SPD. abdruckten, der Sozialisierungsforderungen aufstellte, darunter Forderungen, die noch vor wenigen Wochen in euren Zeitungen, in euren Flugchriften, in euren Volksversammlungen an der Tagesordnung waren. Noch unter Brüning-Schleicher durfte die Presse Sozialismus aller Art und in scharfer Sprache fordern — unter Hitler soll das verboten sein!

Nationalsozialistische Arbeiter! Wißt ihr noch, wer mit der Sozialisierung der Banken, mit „Abrechnung der Finanzwirtschaft“ haushieren ging? — Werft ihr noch nicht, was geknebelt wird? Wir warnten euch oft genug vor der Verlogenheit Hitlerischer Demagogen. Sie versprochen euch ein nationales und ein sozialistisches Deutschland zugleich. Nur der Nationalismus ist übriggeblieben, allerdings ohne „Zerreißen des Versailles-Vertrags“ — der Sozialismus fiel völlig unter den Tisch, an dem Herr Hitler mit dem Dank fürsten von Schröder verhandelte! Sozialistische Forderungen dürfen nicht mehr erwähnt werden!

Beginnt ihr zu begreifen, Naziarbeiter, was hinter dem Betischel mit den „feinen Leuten“ steckt, über die eure Zeitungen, eure Redner noch in diesem Winter wieder schimpften und die jetzt im Kabinett Adolfs Hitlers sitzen? Nicht umsonst wurden mit dem Bankrott von Schröder unter Rapens Hilfe lange Verhandlungen gepflogen, nicht umsonst füllten Großkapitalisten die Kassen eurer Partei, nicht umsonst übernahmen sie deren Millionen-schulden, nicht umsonst öffneten die Taschen und Kirsdorff, öffneten auch die ostelbischen Junker ihre Taschen. Jetzt wird die Quittung präsentiert, jetzt werden die fälligen Dienste eincolliert, jetzt muß die Waage fallen: die Verprochenen, die euch gegeben wurden, dürfen gebrochen, die Verträge mit den kapitalistischen Geldgebern müssen innegehalten werden, sonst taucht der Gerichts-bollzieher im Braunen Saule auf.

Nationalsozialistische Arbeiter! Ist euch nicht aufgefallen, daß die NSDAP. gegen unsere Behauptung, sie sei mit kapitalistischem Gelde geschnitten, niemals gerichtlich aufgetreten ist? Wie schnell ist sie sonst mit einseitigen Verfügungen zur Hand! Aber eidesstattliche Versicherungen wollen wohl überlegt sein. Wir warten auf den Tag, da eure Partei eidesstattlich versichern kann, daß sie keine Gelder aus den Kassen der Schwerindustrie (die mit staatlichen Subventionen gespeist werden), aus den Kassen der Großbanken (die vom Reiche kaniert wurden), aus den Kassen der osthilfebedürftigen Junker bezog!

Naziarbeiter, SA-Proleten, glaubt nicht, daß ihr euch vom Schicksal eurer Klammgenossen lösen könnt. Sollten sie eines Tages befristet werden, wäre auch euer Los befristet. Heute werdet ihr noch zur Niederhaltung des sozialistischen Volkswillens in Keerbe gehalten, sollte das Ziel je erreicht werden, sollte das deutsche Proletariat aufs neue in tiefste Verflorung sinken, so würden die kapitalistischen Herren, mit denen eure Führer jetzt gemeinam regieren, auch jene Proleten nicht mehr brauchen und vor allem nicht mehr bezahlen, die jetzt in ihren Diensten stehen.

Der Wirtschaftsdiktator des Hitler-Kabinetts heißt Eugen Berg. Vergeht das nicht! Erwartet ihr von dem Weiter mächtiger kapitalistischer Konzerne, von ihm, der mit 40 Millionen Mark allein bei der Danabank hina, „Abrechnung der Finanzwirtschaft“, Sozialisierung der Banker, Freisgabe der arbeiterfeindlichen Geldsackinteressen? Wüßte in euren eigenen Zeitungen rückwärts, lest noch einmal, was eure eigenen Führer allein im letzten Jahre gegen Herrn Eugen Berg und seinegleichen, gegen die Bank- und Börsen-